

# Offensive für die Armen

## Das ZdK fordert eine Neuorientierung der deutschen Entwicklungspolitik

*Bei seiner Herbstvollversammlung 1990 (vgl. HK, Januar 1991, 12 ff.) verabschiedete das Zentralkomitee der deutschen Katholiken ein Grundsatzpapier zur Neuorientierung der deutschen Entwicklungspolitik, das wir im Wortlaut dokumentieren. Als vorrangige politische Gestaltungsaufgabe plädiert das ZdK für eine armuts- und beteiligungsorientierte Entwicklungszusammenarbeit. Die Bundesregierung solle jene Länder in ihrer Entwicklungshilfe bevorzugen, die sich zu einer rechtsstaatlichen Ordnung, einem sozial und ökologisch verpflichteten Wirtschaftssystem und zu einer partizipatorischen Politik bekennen.*

### Präambel

Die Aufgabe der Entwicklung ist neu gestellt, obwohl Entwicklungspolitik längst national und international zu den Aufgabenfeldern der Politik gehört. Große Anstrengungen sind in den vergangenen Jahrzehnten unternommen worden, um die Armut in der sogenannten Dritten Welt zu bekämpfen. Aufs Ganze gesehen konnte die Kluft zwischen Arm und Reich nicht verringert werden; die Armut in der Dritten Welt hat sogar absolut zugenommen. Zugleich haben sich Voraussetzungen und Faktoren, die für die internationale Entwicklungsstrategie bestimmend waren, tiefgreifend verändert. Angesichts dieser neuen Herausforderungen hält das Zentralkomitee der deutschen Katholiken eine Neuorientierung der deutschen Entwicklungspolitik für notwendig.

In den Industrieländern wächst die Erkenntnis, daß technischer und wirtschaftlicher Fortschritt auf den bisherigen Grundlagen an seine Grenzen stößt. Wirtschaft und Technik werden in Zukunft nur dann grundlegende Lebensmöglichkeiten für alle Menschen sichern können, wenn die natürlichen Ressourcen verantwortungsvoll genutzt und möglichst wiederhergestellt werden. Es ist das Verdienst des konziliaren Prozesses für „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“, auf diese Zusammenhänge in der Öffentlichkeit nachhaltig aufmerksam gemacht zu haben.

Die Neubesinnung auf die Aufgaben der Entwicklungspolitik kann durch die Ost-West-Entspannung, durch die sich verstärkende gesamteuropäische Zusammenarbeit und durch die Vereinigung Deutschlands weitere, entscheidende Anstöße erhalten. Der Ost-West-Konflikt hat in der Vergangenheit nicht nur politische Priorität beansprucht, sondern allzuoft auch die Entwicklungszusammenarbeit überlagert und Konflikte innerhalb der Dritten Welt verschärft. Sein Abbau bietet nun neue Chancen: – den Ländern des Nordens, indem sie freiwerdende Mittel für verstärkte und verbesserte Hilfe aufwenden; – den Ländern des Südens, indem sie ihr Verhältnis untereinander und zu den Ländern des Nordens neu gestalten, die Lasten militärischer Rüstung verringern und die Vorteile

freier Entfaltung des einzelnen und der gesellschaftlichen Gruppen nutzen; – der Entwicklungszusammenarbeit insgesamt, indem sie unmittelbarer den Interessen der Armen dienen kann.

Die Umwälzungen in Europa bringen aber auch neue Probleme. Die Mitbürgerinnen und Mitbürger in der ehemaligen DDR erheben mit Recht Anspruch auf unsere besondere Solidarität. Auch die Länder Mittel- und Osteuropas bedürfen zur Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft wirksamer Unterstützung. Daher sind kurz-, mittel- und längerfristig neue Prioritäten festzulegen, vielfältige Interessen abzuwägen.

Aufgrund dieser Umwälzungen haben die Länder Europas und damit wir Deutsche jetzt eine neue Möglichkeit, mehr als bisher für die Überwindung der Armut und für die Bewahrung der Schöpfung zu tun. Die Antwort auf die wachsende weltweite Interdependenz ist weltweite Solidarität. Sie entspricht nicht nur dem Gebot der Nächstenliebe, sie liegt auch in unserem wohlverstandenen Eigeninteresse.

Weltweite Allianzen der Solidarität zu schließen, ist darum die eigentliche Herausforderung der vierten Entwicklungsdekade. Dazu haben sich das Zentralkomitee der deutschen Katholiken und der Gemeinsame Aktionsausschuß katholischer Christen in der DDR sowie Vertreter des Laienapostolats aus den Jurisdiktionsbezirken der Berliner Bischofskonferenz am 23. Mai 1990 in der „Berliner Erklärung deutscher Katholiken“ bekannt. Wir wollen diese Forderungen konkretisieren und zu ihrer Umsetzung beitragen. Weltweit wächst trotz mancher Rückschläge die Erkenntnis von der Würde und Einmaligkeit eines jeden Menschen. Je mehr die Menschenwürde und die Menschenrechte geachtet werden, je mehr die Menschen frei leben, sich entfalten und mitgestalten können, um so mehr sind sie in der Lage, für sich selbst, für ihre Familien und für ihre kleinen und großen Lebensgemeinschaften zu sorgen.

Eine Neuorientierung der deutschen Entwicklungspolitik muß vorrangig an dem Ziel der Armutsbekämpfung und der umfassenden Beteiligung der Armen ausgerichtet sein. Eine wirksame Armutsbekämpfung wird aber nur dann gelingen, wenn sich auch die Rahmenbedingungen zugunsten der Armen verändern. Die Armen müssen selbst Träger der Entwicklung werden. Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken begrüßt daher den Beschluß des Deutschen Bundestages vom 10. Mai 1990 zur „Armutsbekämpfung in der Dritten Welt durch Hilfe zur Selbsthilfe“. Diese Initiative ist nicht nur ein Zeichen gemeinsamer Verantwortung und übereinstimmender entwicklungspolitischer Zielsetzungen der großen Mehrheit des Deutschen Bundestages. Sie ist auch ein ermutigendes Zeichen, daß der politische Wille vorhanden ist, dieses Ziel zu erreichen.

Mit seinen Forderungen wendet sich das Zentralkomitee der deutschen Katholiken an die Bundesregierung und an die Abgeordneten in den deutschen Parlamenten und im Europäischen Parlament. Wir verstehen unsere Forderungen zugleich als Verpflichtung für die katholischen Verbände und Gremien der Laienarbeit sowie an die kirchlichen Gremien und Institutionen der Entwicklungsarbeit. Wir verstehen sie zugleich als Appell an jeden einzelnen, im Sinne dieser Erklärung zu handeln.

## I. Merkmale und Ausmaß der neuen Situation

1. Es ist in den vergangenen drei Jahrzehnten nicht gelungen, die absolute Armut in der Welt zu verringern. Im „Weltentwicklungsbericht 1990“ weist die Weltbank aus, daß mehr als 1,1 Mrd. Menschen – ein Fünftel der Weltbevölkerung – heute weniger als einen Dollar täglich zum Leben haben. Die Zahl der ärmsten Länder (nach den Kriterien der Weltbank: äußerst geringes Pro-Kopf-Einkommen; Industrieanteil am Bruttosozialprodukt weniger als 10%; Alphabetisierungsrate unter 20%) stieg im letzten Jahrzehnt von 31 auf 42. Afrika ist besonders von der Zunahme der Armut betroffen. Auch in manchen Ländern Lateinamerikas ist der Lebensstandard auf das Niveau der 60er Jahre zurückgefallen.

Während das letzte Jahrzehnt für die Armen dieser Länder als verloren gilt, kann die Weltbank gleichzeitig feststellen: „Angesichts der enormen Zahl der Armen in den Entwicklungsländern darf der erreichte Fortschritt nicht übersehen werden.“ Die Weltbank stellt einen „bemerkenswerten Rückgang“ des Prozentsatzes der Armut fest in Südostasien, so in Indonesien, Indien und Pakistan, dann auch in Lateinamerika, genannt werden Brasilien, Costa-Rica und Kolumbien. Eine erschreckende Lage ergibt sich dagegen in der Region der südlichen Sahara Afrikas.

Diese unterschiedliche, ja widersprüchliche Entwicklung hat verschiedene Ursachen: Ein wesentlicher Faktor ist die ungebrochene Bevölkerungszunahme. Obwohl die zum Teil hohen Geburtenraten auf der Welt überall sinken, nimmt die Bevölkerungszahl zunächst noch zu. Das erklärt sich nach dem Weltbevölkerungsbericht 1990 vor allem aus dem Rückgang der enorm hohen Kindersterblichkeit und dem Anstieg der Lebenserwartung. Mit dieser Zunahme hat in manchen Entwicklungsländern die Nahrungsmittelproduktion und -versorgung nicht Schritt halten können. Die Zunahme der Weltbevölkerung verschärft vielerorts die ohnehin dramatischen Umweltprobleme.

Interne Faktoren der Armut sind außerdem Naturkatastrophen, Verteilungsprobleme und Ressourcenmangel, die Aufrüstung und die Bürgerkriege. Nicht unerheblich wirkt sich ferner der Verlust oder die Mißachtung kultureller Werte und religiöser Traditionen aus, deren Stelle nicht durch andere Maßstäbe ausgefüllt wird. In der Folge haben Korruption und Rücksichtslosigkeit zuge-

nommen. Oft sind nur Bruchteile der Entwicklungshilfe den tatsächlich Bedürftigen zugute gekommen. Falsche politische Vorgaben verhinderten nicht selten einen wirksamen Mitteleinsatz. So blieb der erhoffte „Sickereffekt“ aus den Investitionen aus. Die Kluft zwischen Arm und Reich hat sich nicht nur zwischen Nord und Süd, sondern auch unter den Entwicklungsländern und innerhalb dieser Länder weiter geöffnet. Dieser soziale Sprengstoff bedroht zunehmend den Frieden in der Welt.

Auch von außen kommende Ursachen wirken mit: Die Industrieländer des Westens und Ostens ließen sich zu sehr von eigennützligen Interessen leiten. Die Verschlechterung der Austauschverhältnisse zwischen Export- und Importpreisen (terms of trade) in Verbindung mit finanzpolitischen und handelsprotektionistischen Maßnahmen des Nordens haben zu Handelsverlusten der meisten Entwicklungsländer geführt. Ihre ohnehin prekäre Lage wird durch die Schuldenkrise und neuerdings durch die Auswirkungen der Konfrontation im Nahen Osten dramatisch verschärft. Die Lasten der Verschuldung werden auf die Schultern der Armen abgewälzt.

2. Die in Mittel- und Osteuropa stattfindenden Umbrüche haben unterschiedliche Auswirkungen auf die Länder der Dritten Welt:

Die politische Entspannung setzt jetzt Kräfte frei, die der Ost-West-Gegensatz bisher gebunden hat. In manchen Entwicklungsländern macht sich bereits eine Besinnung auf notwendige Reformen bemerkbar, weil bisherige Hilfen ausbleiben. Erste Anstöße wirken darauf hin, demokratische Strukturen durchzusetzen, private Initiativen zu fördern und bürokratisch aufgeblähte Verwaltungen einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Das alles kann den Armen helfen.

Auf wirtschaftlichem Gebiet ist im Zusammenhang mit der Neuordnung der Verhältnisse in Mittel- und Osteuropa mittelfristig auch mit einer steigenden Nachfrage nach Rohstoffen, Industriewaren und Konsumgütern aus den Entwicklungsländern zu rechnen. Zunächst besteht allerdings eher die Gefahr eines zurückgehenden Einsatzes des Nordens für den Süden, weil Investitionen der Industrieländer im bisherigen Ostblock rentabler erscheinen. Darum müssen die Entwicklungsleistungen gesteigert werden, um die Dritte Welt in dieser Situation der Schuldenbelastung und der Ölpreissteigerungen nicht allein zu lassen.

3. Die Industrieländer sind in den vergangenen Jahren immer stärker mit der Erkenntnis konfrontiert worden, daß sie als Produzenten und Konsumenten im Verhältnis zur Mehrheit der anderen Völker die „Natur“ sehr häufig in unverantwortlicher Weise „verbrauchen“ und die Umwelt mit irreparablen Schäden – auch für die kommenden Generationen – belasten. Es muß verhindert werden, daß die Entwicklungsländer aus Not, aber auch aus unkritischer Orientierung an Verhaltensweisen in den Industrieländern, diese rücksichtslose Ausbeutung natürlicher Ressourcen weitertreiben. Die ökologischen Folgen, die dann zu erwarten wären, machen den umfassenden und

globalen Charakter der gegenwärtigen Herausforderung deutlich.

4. Nicht mehr zu übersehen ist, daß Frauen die Hauptlast der Entwicklung tragen. Verarmung und Verelendung trifft Frauen, die für das (Über-)Leben ihrer Familien sorgen müssen, mehr als Männer. In den bisherigen Entwicklungsprojekten wurde zu wenig die Rolle von Frauen in den jeweiligen Gesellschaften, auch in wirtschaftlicher Hinsicht (z.B. in Landwirtschaft, Handel und Handwerk), berücksichtigt. Dieser folgenreiche „blinde Fleck“ der Entwicklungshilfe trug auch zum Scheitern mancher Projekte bei. Entwicklungsprogramme sind aber nicht geschlechtsneutral. Viele Projekte, die beanspruchen, allen Armen helfen zu wollen, bevorzugen tatsächlich die Männer. In allen Programmen sollten in Zukunft die Rolle von Frauen und Auswirkungen auf sie von Anfang an berücksichtigt werden.

5. Uns wird immer mehr bewußt, daß aus der Vielzahl der unterschiedlichen Welten die Eine Welt geworden ist. Diese neue Wirklichkeit läßt uns einsehen, daß die Überwindung der Armut, die Erhaltung des Friedens und die Bewahrung der Schöpfung in unserem ureigenen Interesse liegen. Dies erfordert z.B., den Menschen in den Entwicklungsländern Perspektiven einer Existenzsicherung zu eröffnen, die sie nicht zur Flucht, zum Drogenanbau oder zu heutigen Formen der Umweltzerstörung zwingen.

## II. Folgen für das Verständnis von Entwicklung

1. Die Vielfalt der Kulturen in anderen Kontinenten, die Unterschiede im sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungsstand sowie in den politischen Leit- und Wertvorstellungen verlangen von uns ein hohes Maß an Einfühlungsvermögen und an Anpassungsbereitschaft; eine Forderung, die allzuoft vernachlässigt worden ist.

Die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich signalisiert auch das Versagen einer technisch-ökonomisch verengten, einseitig auf die Steigerung wirtschaftlicher Ergebnisse angelegten Entwicklungskonzeption. Entwicklungspolitik muß erkennen, wie sehr Entwicklung auch von den jeweiligen geistig-kulturellen und religiösen Traditionen und Werten der Menschen geprägt ist. Eine auf Kooperation und Dialog angelegte Entwicklungszusammenarbeit muß den Partner in seiner Eigenart ernst nehmen. Nur aus der verantwortlichen Mitwirkung der Betroffenen selbst kann Entwicklung fruchtbar werden.

2. Der Zusammenbruch der sozialistischen Gesellschaftssysteme hat erneut bestätigt, daß wirtschaftliche Dynamik die Freiheit der einzelnen und der Gesellschaft voraussetzt. Das Potential an produktiven Kräften und Beteiligungsreserven eines jeden Volkes muß sich frei entfalten können. Die Wirtschaft kann nur den Bedürfnissen der Menschen voll entsprechen, wenn alle – auch die Armen – ihre Interessen artikulieren, sich organisieren und Einfluß nehmen können. Darum vertritt die Kirche ihren ganz-

heitlichen Begriff von Entwicklung: Je mehr die religiös-kulturelle, die sozio-ökonomische und die politische Dimension menschlichen Lebens zusammengesehen werden, um so eher wird der Entwicklungsprozeß den Menschen gerecht.

3. Eine sozial orientierte marktwirtschaftliche Verfassung der nationalen Wirtschaften und der Weltwirtschaft kann dazu beitragen, daß die Wirtschaftsergebnisse allen zugute kommen und auch dem Gemeinwohl dienen. Voraussetzung ist die Entwicklung wirtschaftlicher Strukturen, die es ermöglichen, daß der Wettbewerb fairen Regeln unterliegt und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit gefördert wird. Da, wo allerdings Latifundien in einer Hand sind, Privilegien die Freiheit anderer erdrücken, Monopole und Kartelle wirtschaftliche Macht auf sich konzentrieren, kann der Marktmechanismus – auf nationaler wie internationaler Ebene – nicht zu wirtschaftlich vernünftigen noch sozial befriedigenden Ergebnissen führen.

Die Sozialgeschichte der vergangenen hundert Jahre in Deutschland hat gezeigt, wie wichtig es ist, daß der Staat mit seiner Rechtsordnung die Freiheit zum Wettbewerb in sozial verträglicher Form sichert, statt ihn durch systemwidrige Eingriffe in das Marktgeschehen, durch Währungsmanipulation und Interventionen zu verfälschen. Das hat Eigeninitiativen und planvolles Wirtschaften gelähmt und Ausbeutung durch Privilegierte möglich gemacht. Darum gehört es zu den wichtigsten Anforderungen an die Wirtschaftspolitik – auch in den Entwicklungsländern –, daß sie die Freiheit, die Initiative und die Selbsthilfe der Bürgerinnen und Bürger fördert und sichert. Wirtschaftliches Handeln wäre ohne Beachtung sozialer und ökologischer Bedingungen nicht zu verantworten und letztlich auch nicht wirtschaftlich. Auch international muß verhindert werden, daß auf den Weltmärkten einflußreiche Zusammenschlüsse und der Handelsprotektionismus der Staaten die Bemühungen der Entwicklungsländer um einen größeren Anteil am Welthandel erschweren oder unmöglich machen.

4. Entwicklungspolitik wird künftig nicht nur das Zuteilen von Geld und Know-how und die Abwicklung von Projekten in anderen Kontinenten bedeuten, sondern auch sehen müssen, welche ökologischen Auswirkungen unsere Technik und Wirtschaft für die Eine Welt haben werden. Aus ethischen Gründen, aber auch aus Eigeninteresse müssen wir noch mehr auf die ökologischen Grenzen des technischen Fortschritts, der Verbrauchsgewohnheiten und der Naturbeherrschung bei uns achten und daraus Konsequenzen ziehen.

## III. Armuts- und beteiligungsorientierte Entwicklungszusammenarbeit als vorrangige politische Gestaltungsaufgabe

Die Bewältigung der Armut in der Dritten Welt stellt die zentrale Herausforderung für jede Entwicklungspolitik

dar. Sie muß in der Weise verwirklicht werden, daß allen Menschen – besonders den Armen – die Möglichkeit eröffnet wird, sich an dem politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gestaltungsprozeß der Gesellschaft zu beteiligen. Dieses Ziel verlangt strukturelle Veränderungen, die erfahrungsgemäß gegen massiven Widerstand durchgesetzt werden müssen.

So ist es einigen Entwicklungsländern – laut Weltentwicklungsbericht der Weltbank – gelungen, durch gezielte Grundausbildung und Alphabetisierungsmaßnahmen, durch Verbesserungen im Gesundheitswesen sowie durch Unterstützung der wirtschaftlichen Kräfte und des politischen Engagements der Armen den Prozeß der Verarmung zu stoppen. Diese Erfolge, die von den kirchlichen Werken bestätigt werden, sind ein Beweis dafür, was die Strategie der Armutsbekämpfung durch Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten vermag.

1. Die bisherigen entwicklungspolitischen Anstrengungen wie Schuldenerlasse, Strukturanpassungsprogramme, Maßnahmen der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds, aber auch internationale Abkommen zur Regelung des Welthandels und nicht zuletzt auch Pakte zur Sicherung der Menschenrechte wirken sich immer direkt oder indirekt auch auf die Armen aus. Zudem kann die Entwicklungspolitik die Machtverhältnisse zugunsten der Armen verändern, wenn es ihr gelingt, auf wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Zusammenhänge und auf Strukturen einzuwirken, die vor Ort, auf regionaler Ebene, im nationalen Bereich oder auf internationaler Ebene bestehen. Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es der internationalen Partnerschaft und neuer Allianzen der Solidarität.

2. Die wirtschaftlich führenden Nationen und deren Zusammenschlüsse stehen vor der Frage, ob sie sich ihrer globalen Verantwortung des sozialen Ausgleichs und der ökologischen Umorientierung stellen oder ob sie sich als „Wohlstandsfestungen“ abschotten und absichern wollen. Auf dem Weg zum Gemeinsamen Markt muß Europa und müssen die Regierungen der europäischen Staaten wissen, daß die wirtschaftliche Abschließung gegen die Konkurrenz aus Niedriglohnländern je länger, je mehr mit enormem Immigrationsdruck erkauft werden müßte. Den gewaltigen Wanderungsbewegungen aus den armen Ländern des Südens und des Ostens, die für die nächsten Jahrzehnte vorausgesagt werden, können die reichen Staaten der Welt nur begegnen, wenn sie rechtzeitig bereit sind zu teilen und die Lebensbedingungen in den Ländern des Südens und Ostens so verbessern zu helfen, daß die Menschen dort menschenwürdig leben und also bleiben können.

3. Bei der Änderung der erwähnten internationalen Rahmenbedingungen kommt es vor allem darauf an sicherzustellen, daß diese im Sinne der Armen sozialverträglich sind. Regierung und gesellschaftliche Gruppen sind aufgefordert, in diesem Sinne die Bemühungen um den Abbau des Protektionismus (besonders der Agrarsubventio-

nen in der EG) und der Handelshemmnisse, die Anstrengung zur Überwindung der Schuldenkrise und die von den Industrieländern einzufordernden Maßnahmen zur Beendigung der Umweltzerstörung und der übermäßigen Ausbeutung natürlicher Ressourcen zu unterstützen. Auch wenn die Mitverantwortung und Mitwirkung der Entwicklungsländer unverzichtbar ist, bleibt es eine drängende Pflicht der Industrieländer, jetzt einen neuen Anfang zu setzen. Dabei sollte Deutschland in der EG Initiativen ergreifen. Das gleiche gilt für die Unterstützung von Maßnahmen, bei denen die Bundesregierung aufgrund ihres Einflusses und zusammen mit anderen Staaten dazu beitragen kann, Konfliktsituationen und Aggressionspolitik zu überwinden und korrupte „Eliten“ und diktatorische Regime in der Dritten Welt zurückzudrängen. Dazu gehört auch eine wirksame Eindämmung des Waffenexportes.

4. Der Entwicklungszusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit den Regierungen der Dritten Welt bietet sich die Möglichkeit, durch Änderung der nationalen Rahmenbedingungen eine Politik für die Armen zu verwirklichen. Die Bundesregierung sollte jene Länder in ihrer Entwicklungshilfe bevorzugen, die sich zu einer rechtsstaatlichen Ordnung, zu einem sozial und ökologisch verpflichteten Wirtschaftssystem und zu einer partizipatorischen Politik bekennen. Dies sind Voraussetzungen für die Armutsbekämpfung durch Hilfe zur Selbsthilfe. Sie ermöglichen die individuelle und gesellschaftliche Befreiung von Armut und Unterdrückung und somit eine eigenständige Entwicklung. In diesem Zusammenhang erscheint die geltende Länderquotenregelung als wenig sinnvoll, nach der die deutsche Entwicklungshilfe zu unterschiedslos vergeben wird.

Ein wirksames Instrument der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit ist der regelmäßige Dialog zwischen den Regierungen. Er muß partnerschaftlich und gleichberechtigt gestaltet werden, sollte Mißstände offen ansprechen und muß sich ferner niederschlagen bei der Planung, der Durchführung und Unterhaltung entwicklungspolitischer Projekte. Bisher sind die Armen von der bilateralen und multilateralen Zusammenarbeit kaum erreicht worden. Es ist daher zu begrüßen, wenn im Beschluß des Deutschen Bundestages zur „Armutsbekämpfung in der Dritten Welt als Hilfe zur Selbsthilfe“ ein jährlich von der Bundesregierung zu erstattender „Selbsthilfebericht“ über die staatliche und nichtstaatliche Entwicklungszusammenarbeit gefordert wird; so ist die Chance größer, daß die geforderte Akzentverschiebung die konkrete Projektarbeit auch tatsächlich verändert.

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken hält eine aufmerksame, ständige Begleitung und Unterstützung einer solchen Politik durch die gesellschaftlichen Kräfte für geboten und erfolgversprechend. Auf diese Weise können die Politiker ermutigt und veranlaßt werden, die Hilfe für die Dritte Welt nicht den drängenden Aufgaben im eigenen Land und in Mittel- und Osteuropa nachzuordnen. Es muß möglich sein, den geringen Anteil der

staatlichen finanziellen Hilfe (4,5 % der Gesamtausgaben) und der technischen Hilfe (17 %), die derzeit als Förderung der Eigeninitiative der Armen ausgewiesen werden, spürbar zu erhöhen. Die angesprochene Begleitung und Unterstützung einer armutsorientierten Entwicklungspolitik bedarf auch intensiverer Anstrengungen entwicklungsbezogener Bildungsarbeit hierzulande.

5. Gleichmaßen wichtig ist die Entwicklungszusammenarbeit gesellschaftlicher (nichtstaatlicher) Organisationen. Über vorhandene kirchliche Werke, Verbände, Diözesen, Orden, Pfarrgemeinden und kirchliche Gruppen und über andere gesellschaftliche Organisationen lassen sich aufgrund ihrer Erfahrungen noch gezielter Konzepte und Programme entwickeln und die vorhandenen überprüfen. Sie können so die Projekte und Partnerschaften unmittelbar auf die eigenständige Entwicklung der Armen und den Aufbau autonomer und demokratisch legitimer Verbände benachteiligter Gruppen in den Ländern des Südens hinlenken.

Nichtstaatliche Organisationen sind besonders geeignet, vor Ort tätig zu werden. Sie kennen die Bedürfnisse der Armen. Es hat sich auch herausgestellt, welche entscheidende Rolle die Frauen im Entwicklungsprozeß spielen. Erfahrungsgemäß tragen diese die Hauptlast der Erziehung und Versorgung in der Familie, aber auch der Hilfe in Notfällen. Sie sind am offensten für Veränderungen und in stärkerem Maße als vielfach die Männer bereit, Möglichkeiten zu erkennen und zu nutzen, die Lebensbedingungen der Armen zu verbessern.

Weiter hat sich gezeigt, welche Bedeutung Selbsthilfeorganisationen der Armen und Kreditprogramme haben. In diesen Fällen kommt es darauf an, immer wieder die Barrieren zu erkennen, die den vorhandenen Selbsthilfewillen lähmen und die Instrumente zu entwickeln, die den Armen mehr Handlungsspielraum verschaffen.

Die Probleme weltweiter Entwicklung tatkräftig anzugehen, wird innergesellschaftliche Spannungen bei uns zur Folge haben. Die Angst vor Konflikten darf uns nicht von der Lösung zentraler Zukunftsaufgaben abhalten. Gerade die Folgen wirtschafts-, umwelt- und entwicklungspolitischer Maßnahmen werden sich um so leichter tragen lassen, wenn sie im Sinne eines gesamtgesellschaftlichen Lastenausgleichs nicht einseitig den Schwächeren auferlegt werden.

So verstanden, erhält Entwicklungspolitik eine innenpolitische Dimension. Sie kann nicht mehr Aufgabe nur eines Ressorts der Bundesregierung bleiben. Wenn die Stabilität Europas, die eigene Zukunftssicherung, die Abwehr der Umweltzerstörung, die Beseitigung der Drogengefahr und die Lösung der Asylprobleme so eng mit der Bewältigung des Armutproblems in den Entwicklungsländern zusammenhängen, müssen sich alle Politikbereiche diesen Aufgaben stellen. Solidarische Verpflichtung und Eigeninteresse verschränken sich.

Die Erfahrung in unserer eigenen Sozialgeschichte, aber auch die Erfahrungen in Entwicklungsländern beweisen, daß zurückgehende Armut und steigender Wohlstand we-

sentliche Bedingungen der Gerechtigkeit und des sozialen Friedens sind. Das sind nicht unwichtige Voraussetzungen für eine Verringerung des Bevölkerungsproblems und der Umweltbelastung.

#### IV. Konkrete Erwartungen und Forderungen

##### 1. An Parlamente und Regierungen:

Aufgrund dieser Überlegungen richtet das Zentralkomitee der deutschen Katholiken an die Abgeordneten in den deutschen Parlamenten, im Europäischen Parlament und an die Bundesregierung die Erwartung, daß sie die Förderung der Selbsthilfe und die umfassende Beteiligung der Armen am Entwicklungsprozeß zu einem zentralen Gestaltungsprinzip der Entwicklungszusammenarbeit machen und sich dafür einsetzen, den Anteil dementsprechender Projekte an den Ausgaben substantiell zu steigern. Auch erwarten wir, daß der Entwicklungs-Etat endlich das 0,7-Prozent-Ziel am Bruttosozialprodukt (1989: 0,41 %) erreicht.

Die staatliche und die europäische Entwicklungszusammenarbeit haben besondere Möglichkeiten, die gerechtere Gestaltung der internationalen Rahmenbedingungen als konkrete Aufgabe zu verfolgen. Die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit mit den Regierungen muß darauf ausgerichtet werden, Hindernisse aus dem Weg zu räumen, die die Beteiligung der Armen auf welche Weise auch immer blockieren. Wir fordern, daß die Bundesregierung Instrumente entwickelt, um die Möglichkeiten in diesen Handlungsfeldern wirksamer zu nutzen. Das gilt ebenso für die Unterstützung der Tätigkeit von Nichtregierungsorganisationen.

Schließlich erwarten wir, daß Parlament und Regierung solche Faktoren der deutschen Politik überprüfen, die sich nachteilig auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Dritten Welt auswirken. Das gilt insbesondere für die Wirtschafts- und Strukturpolitik, für die Regelungen des Europäischen Binnenmarktes und für die Umweltpolitik. Wie bei der Umweltverträglichkeit fordern wir bei den einzelnen Projekten der Entwicklungszusammenarbeit eine Prüfung ihrer Sozialverträglichkeit.

##### 2. An die katholischen Verbände und an die Gremien der Laienarbeit:

Die katholischen Verbände, die Gremien der Laienarbeit und auch die kirchlichen Werke können noch mehr tun, um „den berechtigten Interessen der Menschen der Entwicklungsländer bei uns Geltung zu verschaffen“. Diese Forderung hat bereits der Beschluß der Gemeinsamen Synode 1975 über „Entwicklung und Frieden“ erhoben. Jetzt müssen die heutigen Probleme der globalen Armut und der ökologischen Sackgassen und ihre Verknüpfung mit der Zukunft unseres Landes und Europas verständlich gemacht werden. Insbesondere sollten Fragen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung stärker in der Arbeit der Gemeinden Berücksichtigung finden. Bei der Darstellung

dieser Probleme sollten bedeutende kirchliche Stellungnahmen im Kontext „Entwicklung“ stärker als bisher in die inhaltliche Auseinandersetzung einbezogen werden. Verbände, Diözesen, Orden, Pfarrgemeinden, Schulen und Bildungseinrichtungen tragen heute durch ihr Engagement für die Dritte Welt auf vielfältige Weise zum interkulturellen Austausch bei. Wir fordern sie auf, diesen Austausch zu intensivieren und sich dafür einzusetzen, daß in unseren Medien und in der Bildungsarbeit ein umfassendes Bild der Lebenswirklichkeit und der Fähigkeiten der Menschen in der Dritten Welt vermittelt wird. Noch stärker sollten sie ihre Möglichkeiten nutzen, die Eigenständigkeit ihrer Partnerorganisationen zu fördern und sich für die Verwirklichung der Menschenrechte einzusetzen. Gerade Verbände haben aufgrund ihrer eigenen Erfahrung und Kompetenz die Aufgabe, den Aufbau von Selbsthilfegruppen und demokratisch legitimierten Interessenverbänden der Armen in Entwicklungsländern zu fördern und auch politisch zu unterstützen.

3. An die Verantwortlichen in der kirchlichen Entwicklungsarbeit und an alle Bürger:

Die kirchlichen Hilfswerke haben bisher schon mit Spenden und mit staatlicher Hilfe zur Bekämpfung der Armut, der Krankheit und der Not, aber auch zur eigenständigen Entwicklung der Dritten Welt beigetragen. Wir rufen alle auf, in dieser Hilfe nicht nachzulassen und gerade jetzt zu zeigen, daß die immer wieder geäußerten Sorgen um nachlassende Hilfsbereitschaft für die Menschen in den Entwicklungsländern unbegründet sind.

Aufgrund ihrer bisherigen Erfahrungen sollten die

kirchlichen Hilfswerke ihrerseits Programme und Projekte überprüfen, wie diese noch gezielter im Sinne dieses Anliegens der Beteiligung der Armen und der Förderung ihrer Eigenständigkeit ausgerichtet werden können. Wir erwarten schließlich, daß der Anteil der kirchlichen Haushaltsmittel für Entwicklungshilfe und entwicklungsbezogene und weltkirchliche Bildungsarbeit gesteigert wird. Diese Erwartungen an die Bundesregierung, an die Gremien der kirchlichen Entwicklungsarbeit, an gesellschaftliche Gruppen und nichtstaatliche Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit drücken unsere Hoffnung aus, daß wir damit in unserer Gesellschaft eine Allianz der Solidarität zugunsten der Armen in der Dritten Welt bewirken können. Eine auf Dialog und gegenseitige Ergänzung sich stützende Entwicklungszusammenarbeit wird die Möglichkeiten voller ausschöpfen können, die Rahmenbedingungen für die Armutsbekämpfung durch Hilfe zur Selbsthilfe in der Dritten Welt zu verbessern und die aktive Beteiligung der Armen am gesellschaftlichen Prozeß sicherzustellen.

So gibt das Zentralkomitee der deutschen Katholiken seiner Hoffnung Ausdruck, daß die Entwicklungszusammenarbeit im Bewußtsein der Öffentlichkeit einen höheren Stellenwert und mehr Glaubwürdigkeit erhalten wird. Wir vertrauen darauf: Wo wirtschaftliche Eigenständigkeit und Teilhabe an der Gestaltung der Gesellschaft für die Armen Wirklichkeit wird, dort wird auch ein konkreter Schritt zu mehr sozialer Gerechtigkeit, zu einem verantwortungsbewußten Umgang mit der Schöpfung und zu einem friedvolleren Zusammenleben getan.

## Evangelium und Dialog

Ein Vortrag von Bischof Karl Lehmann zum Konzilsjubiläum

*Am 8. Dezember 1965 ging das Zweite Vatikanum zu Ende. Aus Anlaß des fünfundsiebzigjährigen Jubiläums des Konzilsabschlusses (vgl. ds. Heft S. 59) hielt der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, der Mainzer Bischof Karl Lehmann, einen Vortrag in Graz, in dem er eine differenzierte Analyse des Ereignisses Konzil, seines Umfelds und seiner Wirkungen unternimmt. Lehmann plädiert dafür, Dienst und Dialog als vom Konzil grundgelegte Vollzugsweisen von Kirche weiterzuführen und sich durch Enttäuschungen und Schwierigkeiten bei der Konzilsrezeption nicht von der Treue zu Geist und Buchstaben des Zweiten Vatikanums abbringen zu lassen. Die Zwischenüberschriften sind von der Redaktion.*

Wer vom „Konzil“ spricht, darf nicht nur auf die vier höchst eindrucksvollen Jahre 1962 bis 1965 schauen. Freilich war dies der Höhepunkt: das Zusammentreffen von 2400 Konzilsvätern aus aller Welt, die stürmischen Ereignisse vom Oktober und November 1962, die 220 Konzils-

reden, die 500 Abstimmungen und die 16 verabschiedeten Dokumente. Die Beobachter und Delegierten der nicht-katholischen Kirchen spielten – auch ohne Stimmrecht – eine große und einflußreiche Rolle als Katalysatoren in einem umfassenden Gespräch. Es genügt auch nicht, an die unerwartete Konzilsansage durch den unvergeßlichen Papst Johannes XXIII. am 25. Januar 1959 in der Basilika St. Paul vor den Mauern zu denken. Von den 70 Entwürfen der Vorbereitungskommission für Konzilsdokumente blieb nur eine Handvoll übrig, und dabei blieb kaum ein Stein auf dem anderen. Das umfangreichste Dokument, die Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute „Gaudium et spes“, war überhaupt nicht vorher geplant. Papst Johannes XXIII. hatte ausdrücklich einen solchen Text gewünscht.

Heute erkennen wir deutlicher, daß der Gedanke an ein solches Konzil sich schon länger immer wieder rührte – so z. B. von Pius XII. auch während des Krieges erwogen